08.11.2011

Antrag

der Fraktion der FDP

Ordnungspartnerschaften gezielt vernetzen und ausbauen

I. Ausgangslage

Die Gewährleistung von Öffentlicher Sicherheit und Ordnung ist nicht allein Aufgabe der Polizei, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe aller Verantwortungsträger in Staat und Gesellschaft. Was in die Zuständigkeit mehrerer fällt, kann auch am besten durch alle gemeinsam gelöst werden. Der Gedanke der Ordnungspartnerschaft spiegelt diese übergreifende Verantwortung eindrucksvoll wieder. Komplexe Ursachen und Wirkungen erkannter Probleme erfordern ein abgestimmtes Handlungs- und Maßnahmenkonzept der beteiligten Aufgaben- und Verantwortungsträger vor Ort. Ziel einer Ordnungspartnerschaft ist es, in einer Stadt oder Gemeinde die Verantwortlichen an einen Tisch zu holen, um als „kommunales Netzwerk der Zuständigen“ gemeinsam gegen erkannte Missstände wie örtliche Gefahrenstellen, Brennpunkte und Angsträume kurzfristig vorzugehen sowie durch langfristige Strategien dauerhaft Abhilfe zu schaffen. Ordnungspartnerschaften fungieren dabei als Zusammenarbeitsrahmen und Dach, unter dem die Aufgaben- und Entscheidungsträger gemeinsam Projekte auflegen, Strategien entwickeln, Ziele formulieren, Verantwortlichkeiten festlegen und einzelne Maßnahmen abstimmen.

Wie das Innenministerium jüngst betont hat, verfolgt Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren erfolgreich das Ziel, durch die Vernetzung von Aktivitäten der Verantwortlichen in Städten und Gemeinden die objektive Sicherheit und darüber hinaus das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken. Zu Recht wird herausgestellt, dass viele Projekte auf örtlicher Ebene in einem breiten Spektrum von Themenfeldern einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der örtlichen Sicherheit und Ordnung und damit der Lebensqualität der Bürger in Nordrhein-Westfalen geleistet haben.

So existieren neben Ordnungspartnerschaften zur Verbesserung der Sicherheit in Bahnen und auf Bahnhöfen etwa Projekte zur Bekämpfung von Gewalt an Schulen, von Drogenszenen, von häuslicher Gewalt und von Jugendkriminalität sowie Initiativen zur Verhinderung von Kinderunfällen, zur Einrichtung von Stadtwachen oder zur Integration jugendlicher Aussiedler. Ordnungspartnerschaften haben sich grundsätzlich als Mittel zur

Datum des Originals: 08.11.2011/Ausgegeben: 08.11.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Verbesserung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürger bewährt.

Auch dieses Jahr steht am 21. November 2011 die Verleihung des „Landespreises für Innere Sicherheit“ in Düsseldorf an. Seit 2003 werden insoweit zwar im Rahmen eines jährlichen Landeswettbewerbs unter den freiwilligen Wettbewerbsteilnehmern besondere Leistungen im Rahmen von Ordnungspartnerschaften gewürdigt und die drei Preisträger in einer Broschüre näher dargestellt. Obwohl es in NRW rund 900 örtliche Ordnungspartnerschaften gibt, mangelt es aber an einer aktuellen, aussagekräftigen und anwenderfreundlichen Übersicht bzw. Datenbank über alle bestehenden Ordnungspartnerschaften sowie an einem ausreichenden überörtlichen Austausch, einem Netzwerk bzw. einer landesweiten Koordinierung. Der im Dezember 2009 vorgestellte Präventionsatlas, der eine erste Bestandsaufnahme von insgesamt 587 Gremien vornahm, sowie der erste Landespräventionstag waren insoweit wichtige erste Schritte, die der Fortführung und dem Ausbau bedürfen.

Insbesondere kommunale Ordnungsdezernenten und Polizeivertreter bemängeln, dass die Erfahrungen der Zusammenarbeit in den vielen kommunalen Netzwerken derzeit völlig unzureichend landesweit ausgetauscht würden und Informationen zu Projekten lückenhaft und dürftig seien. Obwohl das Innenministerium auf seiner Internetseite selbst betont, dass mit den beteiligten Ordnungspartnern – wo immer es möglich ist – Verfahren zur Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen abgesprochen werden sollen, erfolgt derzeit weder eine generelle Evaluierung der Partnerschaften auf ihre Wirksamkeit, noch sind detaillierte Projektinformationen und die Ergebnisse der Evaluierung anderen Verantwortungsträgern landesweit zugänglich.

Dies ist besonders misslich, als vielerorts in Nordrhein-Westfalen oftmals ähnliche Probleme mit vergleichbaren Ursachen und Wirkungen bestehen und somit Konzepte und Maßnahmen, die sich bereits erfolgreich bewährt haben, von den Verantwortlichen andernorts problemlos übernommen werden könnten, um so kurzfristig auf aufkommende Probleme zu reagieren. Hier muss das Rad nicht in jeder Kommune neu erfunden werden. Auch könnten bereits bestehende Projekte aufgrund der an anderer Stelle gemachten Erfahrungen besser optimiert werden.

II. Beschlussfassung:

Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf,

- über den Landespreis für Innere Sicherheit hinaus durch ein aktives landesweites Netzwerk „Ordnungspartnerschaften – Netzwerke für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ sicherzustellen, dass landesweit für alle örtlichen Verantwortungsträger detaillierte Projektinformationen über alle bestehenden Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen sowie deren Evaluierung auf ihre Wirksamkeit hin verfügbar gemacht werden, jedenfalls soweit Polizei oder Justiz daran beteiligt sind;
- insoweit den Verantwortungsträgern vor Ort eine fortlaufend aktuelle, aussagekräftige, anwenderfreundliche und vollständige Übersicht über alle landesweit bestehenden Ordnungspartnerschaften zur Verfügung zu stellen, die alle bestehenden Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen nach Konzepten, Maßnahmen, Kosten, Erfolgen, Ansprechpartnern etc. detailliert aufführt; hierfür bietet sich eine Online-Datenbank auf der Grundlage des im Dezember 2009 vorgestellten, indes nunmehr stark

überarbeitungsbedürftigen Präventionsatlases beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen an;

- im Rahmen des Netzwerks in regelmäßigen Abständen landesweit runde Tische bzw. Sicherheitskonferenzen zu relevanten Sicherheitsthemen einzurichten, bei denen sich Vertreter von Kreispolizeibehörden, örtlichen Sozial-, Jugend-, Gesundheits-, Ausländer- und Ordnungsämtern, Bundespolizei, Verkehrsunternehmen, Schulen, Einzelhandel, Drogenberatungsstellen etc. über problematische Entwicklungen, erfolgreiche Projekte oder sonstige Maßnahmen landesweit mit anderen örtlichen Entscheidern bzw. Verantwortlichen austauschen können. Als Vorbild dient der Deutsche Präventionstag bzw. der Landespräventionstag. Ziel muss es sein, die Erfahrung und Kompetenz der erfolgreichen Zusammenarbeit aus örtlichen Ordnungspartnerschaften als kommunale Netzwerke in einem überörtlichen Netzwerk landesweit nutzbar zu machen.

Dr. Gerhard Papke
Ralf Witzel
Horst Engel

und Fraktion